

Oesterreichische Ausblicke.

Draht-eldung unseres Sonderberichterstatters
Dr. Alexander Redlich.

* Wien, 9. Juni.

Bisher hat es den Anschein, als ob es gelingen sollte, eine kurzfristige Arbeitsfähigkeit des österreichischen Abgeordnetenhauses zustande zu bringen. Selbstverständlich würden die Polen einen integrierenden Bestandteil der Arbeitsmehrheit bilden. Bekanntlich hatte diese Partei ursprünglich ihre Mitarbeit von der Sicherstellung der austro-polnischen Lösung abhängig gemacht. In dem Maße jedoch, wie sich die Schwierigkeiten mehren, die der unmittelbaren Erfüllung dieses Wunsches entgegenstehen, nähigen die Polen auch ihren Standpunkt. Gegenwärtig verhandelt man auf der Basis, daß die Polen für das Budgetprovisorium stimmen sollen, wenn die Regierung die bindende Zusage gibt, daß Graf Burian in Berlin für die austro-polnische Lösung mit allem Nachdruck eintreten wird. Diese Bedingung scheint vorläufig erfüllbar zu sein, da, wie ich glaube, das Ministerium des Äußern nach wie vor auf der austro-polnischen Lösung beharrt.

Doch soll es andere, ebenfalls wichtige Faktoren geben, die sich in der Begeisterung für diese Lösung abgeklärt haben. In diesem Zusammenhange verdient erwähnt zu werden, daß bei den deutschen Parteien der Wunsch nach der austro-polnischen Lösung doch nicht so allgemein ist, wie man glauben möchte, wenn man nur Wiener Eindrücke zur Verfügung hat. In der Provinz scheitern die Dinge teilweise anders zu liegen. Man kann insbesondere unter den Deutschen in Böhmen viele ausgesprochene Gegner der austro-polnischen Lösung finden. Immerhin hat sich das Gefühl längst verbreitet, daß in dieser Frage Berlin das letzte Wort zu sprechen haben wird. Das wissen auch die Polen Oesterreichs, und deshalb sind sie in ihren Zuständigkeiten sehr vorsichtig und wollen sich zunächst bestenfalls nur auf die Bewilligung des Budgets beschränken.

Der nächste Schritt zur parlamentarischen Arbeit unter Ihrer Mitwirkung, nämlich die Bewilligung der neuen Steuervorlagen, ist wiederum an eine andere Bedingung geknüpft. Die Polen werden sich dazu verstehen, wenn Graf Burian mit der grundsätzlichen Zusage in der polnischen Frage von Berlin nach Hause läme. Geschieht dies nicht, so wollen die Polen ihre positive Arbeit einstellen. Ob diese Bedingung erfüllt werden wird, scheint sehr vielen Leuten hier zweifelhaft zu sein. Die österreichischen Polen sehen noch eine Hoffnung auf die deutsche Reichstagsmehrheit und auf das angebliche Einverständnis Hertlings mit der austro-polnischen Lösung.

Man muß also jetzt schon darauf gefaßt sein, daß im Falle des Scheiterns dieser Lösung für die in Oesterreich vielleicht darauf folgende innerpolitische Unordnung Deutschland und insbesondere die deutsche Militärs verantwortlich gemacht werden. Das ist natürlich ein völliger Trugschluß. Wenn das Scheitern der austro-polnischen Lösung tatsächlich das politische Leben Oesterreichs wieder einmal lähmen sollte, so würde die Schuld nur einer Politik zuzuschreiben sein, die die gesamte innere Neuordnung hier von außenpolitischen Fragen abhängig macht, also letzten Endes die Interessen des österreichischen Staates jenen des polnischen Staates unterstellt. Ich gebe zu, daß es in diesem Falle leichter ist, zu kritisieren, als besser zu machen. Das Uebel hat sich leider während der letzten zwei Jahre sehr tief eingewurzelt, und es ist heute schwer, einen Zustand zu beseitigen, dessen Wurzeln in zwei Kaiserproklamationen über Polen und in der Kundgebung des Kaisers Franz Josef vom November 1916 über die Sonderstellung Galiziens zu suchen ist. Das dadurch verursachte Uebel hätte nur durch eine grundsätzlich andere Politik gegenüber den Tschechen beseitigt werden können. Eine solche Politik ist aber auch jetzt noch nicht undenkbar geworden; aber die Schwierigkeiten, die heute im Wege stehen, haben sich so vergrößert, und der Weg, der zur Einkehr führt, ist so viel länger geworden, daß man, falls die Polen endgültig die Mitarbeit verweigern, jedenfalls mit einer Zeit schwerer innerer Konflikte rechnen muß, für die die Arbeitsunfähigkeit des Parlaments und vielleicht die Rückkehr zum Verordnungsparagrafen die äußeren Markzeichen sein werden.

Aber gerade diese Schwierigkeiten zeigen dem unbefangenen Beobachter mit umso größerer Klarheit, ein wie bedenklicher Notbehelf die austro-polnische Lösung in Wirklichkeit ist. Sie würde bedeuten, daß man eines der weltpolitisch bedenklichsten Unternehmen riskiert, nicht etwa, um den Staat Oesterreich auf eine gesunde Basis zu stellen, sondern um die politischen Faktoren hier für einen Augenblick aus der brennenden Verlegenheit zu retten, in die sie sich längst gebracht haben, und die in Monaten oder Wochen wiederkehren kann. Es ist wahrhaftig ein schlechter Dienst, den man heute nicht nur Deutschland, sondern vor allem auch Oesterreich mit der austro-polnischen Lösung erweisen würde. Es ist zum mindesten sehr zweifelhaft, ob die Mehrheit der Bevölkerung von Kongresspolen auch nur die geringste Lust hat, in das Staatsgefüge Oesterreichs einzutreten. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Monarchie in den Polen etliche Millionen sehr widerwilliger Mitbürger gewinnen würde.

Dieser bedenkliche Zuwachs fällt umso schwerer ins Gewicht, als die austro-polnische Lösung mit unbedingter Notwendigkeit auch andere schwierige Nationalitätenfragen ins Rollen bringen wird. Ich konnte schon vor Wochen melden, daß Ungarn für den Fall des Anschlusses Polens an die Monarchie entschlossen ist, seine Ansprüche auf Bosnien, sowie auf das kroatisch sprechende Dalmatien anzumelden und durchzusetzen. Heute wird diese Vorherjage durch eine Budapest Meldung der „Neuen Freien Presse“ vollinhaltlich bestätigt. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die ungarischen Ansprüche, besonders auf Dalmatien, in Oesterreich starken Widerstand hervorrufen werden. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß man auf österreichischer Seite dem ungarischen Vorkosch mit dem Schlagwort „Trialismus“ begegnen wird. Dieser Kampf, der recht heiß zu werden verspricht und der durch die verschiedenartigsten Strömungen bei den Südslawen selbst noch kompliziert werden dürfte, ist allerdings an sich kaum zu vermeiden. Aber seine Verquickung mit den polnischen Möglichkeiten macht ihn erst recht gefährlich.

All diesen sehen die Tschechen mit wachsender Untätigkeit zu, während die Deutschen und die Regierung nach wie vor keine anderen Beschränkungen kennen als die Binderung der unmittelbaren

Alltagsorgen. Durch diese Geistesrichtung wird man sich in Berlin nicht abhalten lassen dürfen, Klarheit über die ganze Summe der Fragen zu gewinnen, die es in den nächsten Tagen zu entscheiden gilt.